
Demokratische Außenpolitik und Nachhaltigkeit – Ein Plädoyer

Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Mut zur Nachhaltigkeit“,
Rathaus Heidelberg, 26. Juni 2009

Gliederung

1. Das Argument
2. Die Skeptiker
3. Die Zuversichtlichen
4. Pathologien demokratischer Außenpolitik
 1. Sicherheitspolitik und militärische Intervention
 2. Entwicklungspolitik und solidarische Hilfe
5. Plädoyer für eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung

Das Argument

- Demokratien sind nicht inhärent nachhaltig in ihrer Politik, da ihre Repräsentationsmechanismen auf die Abbildung aktueller und kurzfristiger Interessen ausgerichtet sind.
- Demokratien können diese „Neigung zur Ungeduld und Kurzatmigkeit“ überwinden, indem sie die Lern- und Reflektionsfähigkeit ihrer Institutionen und Bürger stärken.

Die Skeptiker

- **Platon:** Demokratie ist tugendlos und ohne Ordnung, daher nicht zur Vorausschau fähig.
- **Hobbes:** Die Unbeständigkeit der menschlichen Natur wird durch die Unbeständigkeit der Zahl – wechselnde Mehrheiten – verstärkt.
- **de Tocqueville:** Demokratien können „Leidenschaften nicht beherrschen und daher nicht die Bedürfnisse des Augenblicks zu Gunsten der Zukunft unterdrücken“.

de Tocqueville: Unvereinbarkeitsthese

- „Die Außenpolitik fordert kaum eine jener Qualitäten, die der Demokratie zu eigen sind, im Gegenteil, den perfekten Gebrauch beinahe aller jener, in denen sie ungenügend ist. ...“

Eine Demokratie kann nur mit großer Schwierigkeit die Einzelheiten eines wichtigen Unternehmens regulieren, sich an ein Ziel halten und trotz ernster Hindernisse seine Durchführung betreiben; sie kann ihre Maßnahmen nicht heimlich abstimmen oder ihre Konsequenzen mit Geduld abwarten.“

Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, München, S. 263.

Die Zuversichtlichen: Argumente

1. **De Tocqueville:** Demokratien verfügen über eine gute Fehlerkorrektur-Chance
2. **Przeworski:** Demokratien sind langlebig und ab einem bestimmten Wohlstandsniveau stabil.
3. Demokratien können ihre Defizite erkennen und durch Institutionen lindern.
4. Demokratien sind vergleichsweise erfolgreich, sowohl wenn man input- (Partizipation) als auch output-Indikatoren (Wohlstand, Sicherheit, Umweltschutz) zugrundlegt.

Pathologie 1: Demokratische Intervention und Ungeduld

- Demokratien sind militärisch überdurchschnittlich erfolgreich.
 - Demokratien können durch Militärtechnik, Einsatz von Privaten Sicherheitsfirmen/Geheimdiensten die Anfangskosten von militärischen Interventionen senken.
-

- Demokratien sind anfällig für die Manipulation ihres Entscheidungsprozesses.
- Demokratien scheuen die Kosten „längerer Okkupationsphasen“. Sie geben sich daher häufig mit der Etablierung „stabiler Regime“ zufrieden.
- „Defekte Demokratien“ haben eine Neigung zur Instrumentalisierung von Außenpolitik und militärischer Gewalt.

Pathologie 2: Demokratische Hilfe und Solidarität

- Demokratien geben mehr Entwicklungshilfe als andere Regime.
 - Demokratien binden diese weniger häufig an wirtschaftliche oder strategische Vorteile als andere Regimetypen.
-
- Demokratien vergeben „solidarische Hilfe“, d.h. diese wird nicht nur nach einem universellen Prinzip, Bedürftigkeit, sondern auch partikularen Prinzipien, historischen Bindungen und Eigenanstrengungen vergeben.
 - Demokratien scheuen die Kosten „schwach institutionalisierter Hilfe“. Staatliche Eliten werden so gegenüber gesellschaftlichen Akteuren gestärkt.

Nachhaltigkeit bedarf der Selbstbeschränkung

Demokratie ruht auf der Beschränkung exekutiver Macht (output-Legitimität) und legislativer Macht (input-Legitimität), um die Freiheit des Individuums als Ausgangspunkt von D. zu schützen.

Strategien:

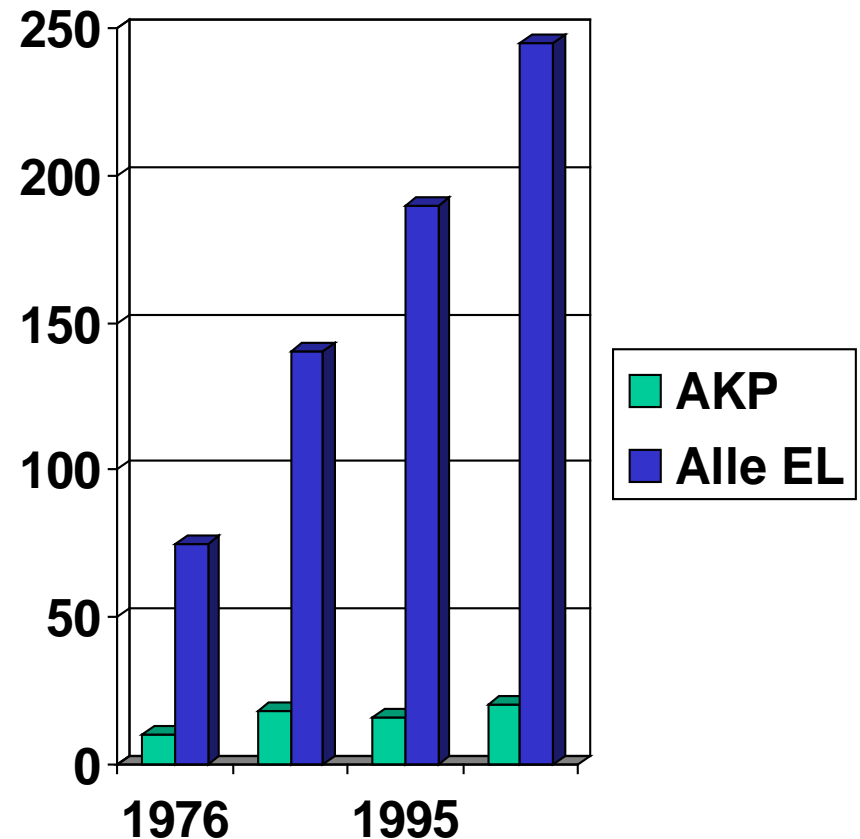
1. Verpflichtung in und Akzeptanz von int. Organisationen, die auch die Interessen von Nicht-Demokratien abbilden (Respekt und Vertrauen durch Regelbefolgung).
2. Demokratisierung des außenpolitischen Prozesses (Breite Abbildung von Interessen und kontroverse Diskussion von Zielen und Mitteln).
3. Selbstbindung (kostenträchtiges Signal über Selbstbeschränkung).

<http://harnisch.uni-hd.de>

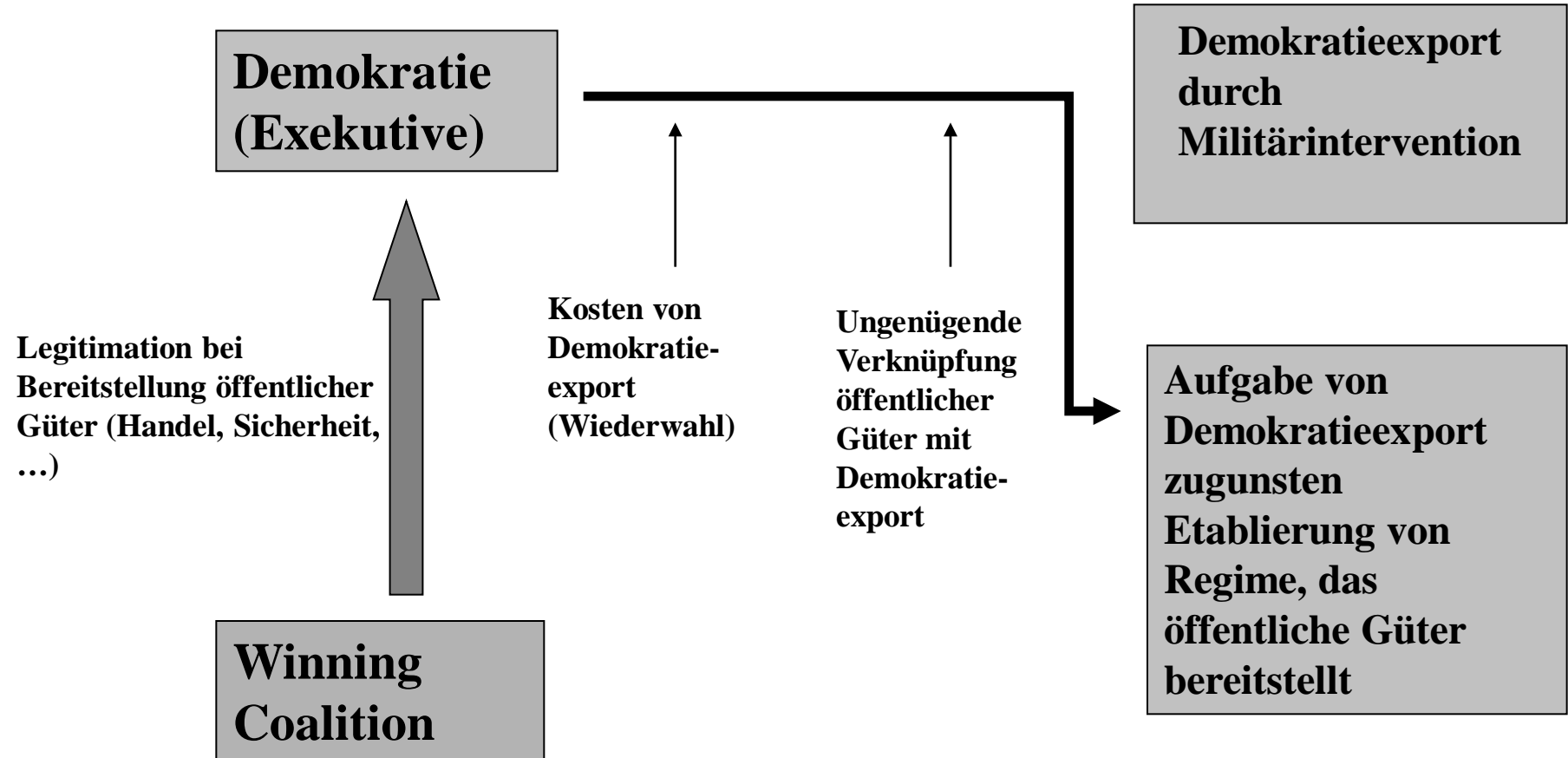
Das Cotonou-Abkommen (2000)

- 25 EU-MS, 77 AKP-Staaten
- Handelsvergünstigungen laufen zum 1.1.2008 aus => durch System regionaler WTO-kompatibler Wirtschaftspartnerschaften (REPA) ersetzt.
- Stärkung des politischen Dialogs durch Themenausweitung: Migration, Terrorismus, Waffenhandel und Beteiligung der Zivilgesellschaft.
- EEF 15,2 Mrd.€ + 10 Mrd. unverbrauchte EEF-Mittel (2000-2005), die aber nur noch leistungsgebunden vergeben werden.

EU Importe aus AKP und allen EL in Mrd. ECU



De Mesquita und Downs 2006



De Mesquita und Downs 2006

- Demokratische Exekutive muss dem Selektorat öffentliche Güter bereitstellen, um wiedergewählt zu werden
- Bei Demokratieexport durch Militärintervention besteht ungenügende Verbindung zu öffentlichen Gütern in Relation zu den anfallenden Kosten
- Kosten bei Fehlschlag der Etablierung eines dem. Regimes oder dem. Gewählter Regierung mit antagonistischer Policy ist die Abwahl
- Drohende Abwahl bei Fehlschlag führt zum Abbruch des Demokratieexports zugunsten primärer Interventionsgründe (öffentliche Güter)